

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 42 Postulat Huser Claudia und Mit. über den Erhalt von Ausbildungsplätzen zur Sicherung der Fachkräfte von morgen / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Lisa Zanolla beantragt Ablehnung.
Claudia Huser hält an ihrem Postulat fest.

Claudia Huser: Auf das duale Bildungssystem sind wir zu Recht alle stolz, denn auch dank diesem System verzeichnen wir in der Schweiz im Vergleich zu unseren Nachbarländern seit jeher eine tiefe Arbeitslosigkeit, insbesondere auch bei den jungen Menschen. Mit dem steigenden Fachkräftebedarf sind gut ausgebildete Praktikerinnen und Praktiker gesuchter dann je. In den letzten Jahren ist aber leider eine schleichende Entwicklung zu immer höheren Anforderungen hin zu erkennen. Zum einen an die Auszubildenden, gerade auch in den praktischen Berufen, bei denen die schulischen Anforderungen sicher wichtig sind, aber die Zielgruppe ja vor allem Personen mit praktischen Fähigkeiten ist. Das darf nicht dazu führen, dass praktische talentierte junge Menschen aufgrund steigender schulischer Anforderungen keine Ausbildung mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis mehr machen können, wie sie dies vor Jahren noch hätten tun können. Aber auch die Lehrbetriebe sollen von den Lernenden profitieren können, davon bin ich überzeugt, und das ist meine klare Meinung. Leider zeigt sich aber auch hier in den letzten Jahren, dass die Anforderungen an den Lehrbetrieb kontinuierlich steigen, sodass es in gewissen Branchen schwieriger wird, diese Anforderungen zu erfüllen. Ich spreche aus eigener Erfahrung, wenn ich sage, dass die Anforderungen im kaufmännischen Bereich für Kleinunternehmen fast nicht mehr zu tragen sind. Die durchschnittliche Unternehmensgröße im Kanton Luzern liegt bei sechs Mitarbeitenden, also klar im Bereich der Kleinbetriebe. Deshalb ist es wichtig, dass auch dort ausgebildet werden kann. Die Auszubildenden lernen gerade in einer kleinen Unternehmung schnell, dass sie mitarbeiten müssen, aber auch gebraucht werden. Das wiederum erhöht ihren Selbstwert. Mit dem Postulat fordern wir den Regierungsrat auf, sich für den Erhalt der praktischen Lehrberufe aber auch für die Lehrbetriebe einzusetzen. Es ist mir durchaus bewusst, dass die Berufsverbände ihre Ausbildungsregularien zwar auf nationaler Ebene definieren, aber es muss uns doch viel daran liegen, dass wir uns zumindest für unsere Lernenden und für die Lehrbetriebe im Kanton einsetzen, denn die Berufsbildung ist schlussendlich wieder eine Kantonsaufgabe. Wie die Regierung schreibt, tut sie dies und anerkennt auch, dass das Zielpublikum insbesondere bei der Bekanntmachung der Beruflichen Grundbildung mit Berufsattest (EBA) noch nicht vollständig erreicht wird. Ich danke der Regierung für die ausführliche Stellungnahme in der sie anerkennt, dass die

Berufsbildung nicht vernachlässigt werden darf. Wir danken Ihnen für die Erheblicherklärung des Postulats. Ich bedaure den Ablehnungsantrag der SVP-Fraktion, zumal die Berufsbildung auch für diese Partei ein sehr wichtiger Grundpfeiler ihrer Denkhaltung ist.

Lisa Zanollo: Die SVP-Fraktion stellt fest, dass mit dem vorliegenden Postulat zentrale und inhaltlich bedeutende Fragen aufgeworfen wurden. Die Regierung hat eine umfassende Stellungnahme verfasst. Wir als SVP setzen uns für eine zukunftsorientierte Berufsbildung ein und sind bereit, die notwendigen Massnahmen zu unterstützen. Wir haben in der Fraktion ausführlich über dieses Postulat diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass es auf den ersten Blick Unterstützung verdient. Ich stimme Claudia Huser zu, dass der Erhalt von Ausbildungsplätzen von entscheidender Bedeutung ist. Das duale Berufsbildungssystem in der Schweiz ist einzigartig und bildet eine tragende Säule unserer Berufsbildung. Es trägt entscheidend zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit und der Bekämpfung des Fachkräftemangels bei, dennoch muss man kontinuierlich auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Gesellschaft reagieren. Ein zentrales Instrument dieses Prozesses ist eine regelmässige nationale Überprüfung der Bildungsordnung. Die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung des Kantons nimmt im interkantonalen Vergleich eine überdurchschnittlich aktive Rolle ein. Die Organisation der Arbeitswelt (OdA) deckt bereits alle im Postulat geforderten Aspekte ab und die Situation ist klar geregelt. Das ist für die SVP der Grund, weshalb wir den das Postulat als unnötig erachten und die Forderung nicht nachvollziehen können. Diese Arbeit wird im Kanton Luzern bereits gut geleistet und die Erfüllung der Anforderungen sind gegeben. Ein zentrales Anliegen, das wir jedoch teilen, ist die sinkende Nachfrage nach praktischen Ausbildungen, obwohl ausreichend Lehrstellen vorhanden sind. Deshalb ist es nötig, die EBA gezielt zu fördern und ihre Bekanntheit in den Schulen und bei den Betrieben zu erhöhen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass EBA-Ausbildungen weiterhin zugänglich sind und die Durchlässigkeit für eine Ausbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) gewährleistet bleibt. Die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung wird das Thema bestimmt weiterhin auf Merkmale prüfen. Aus den genannten Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat infolge Erfüllung ab.

Tobias Käch: Claudia Hauser fordert die Regierung auf, ihre lokalen Handlungsmöglichkeiten und ihren Einsatz auf nationaler Ebene auszuschöpfen, um Ausbildungsplätze zu erhalten. Beim Lesen dieser Forderungen kamen mir sofort die lokalen Handlungsmöglichkeiten der Regierung in den Sinn, zum Beispiel die Klassengrösse zu reduzieren, Förderinstrumente auszubauen, dies für leistungsschwächere, aber auch für leistungsstärkere Lernende. Aber so weit geht die Postulantin ja nicht, sondern sie fordert etwas vereinfacht dargestellt lediglich, dass den Unternehmen nicht noch mehr Bürokratie entsteht und die Schule nicht schwieriger wird. Ich bin sehr verwundert, dass man etwas gegen die in diesem Postulat gestellten Forderungen haben kann, insbesondere, weil die Umsetzung keine zusätzlichen Kostenfolgen hat und die Regierung aufzeigt, wie sie die Herausforderungen in der Berufsbildung bereits angeht. Obwohl ich vorhin gut zugehört habe, stelle ich diese Frage nochmals: Wollen Sie etwa, dass weniger getan wird? Ein grosser Vorteil des dualen Berufsbildungssystems ist doch, dass die Wirtschaft und der Staat zusammenarbeiten und die Ausbildung kontinuierlich den Anforderungen angepasst wird. So wird beispielsweise die berufliche Grundbildung alle fünf Jahre auf Aktualität und Qualität überprüft und gegebenenfalls angepasst. Da sich unsere Welt wandelt, sind Anpassungen nötig. So hat die kaufmännische Ausbildung eine grosse Reform hinter sich, die Ausbildung nach neuer Bildungsverordnung ist gestartet und die technischen Berufe haben mit «FUTURMEM» eine grosse Reform vor sich. Hier kann sich der Kanton dafür einsetzen, dass diese Reformen gut begleitet und die Umsetzung für die Betriebe, die ÜK-Zentren und die

Schulen keine zu grosse Mehrbelastung ergibt. Die Mitte-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Roger Erni: Wir freuen uns über dieses gute Postulat der GLP und über die Stellungnahme der Regierung. Die Berufsbildung, das erkennt nicht nur die Luzerner Regierung, ist ein tatsächlicher USP (Alleinstellungsmerkmal) für die Schweizer Volkswirtschaft. Das soll so bleiben. Die Postulantin fordert den Regierungsrat auf, mehr Einfluss zu nehmen und die Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Ich bitte Regierungsrat Armin Hartmann, genau das zu tun, was die GLP fordert. Erstens, die Lehrbetriebe zu entlasten beziehungsweise sicher nicht mehr zu belasten. Das führt nämlich zu mehr, beziehungsweise sicher nicht weniger Ausbildungsplätzen. Zweitens fordern die GLP- und auch die FDP-Fraktion, die richtigen Lernenden mit den richtigen Lehrbetrieben zu verbinden. Das führt zu zufriedeneren Berufseinstiegenden und zu weniger Lehrerabbrüchen. Zum Thema Lehrerabbrüche wird die FDP-Fraktion in den nächsten Tagen eine Anfrage einreichen. Die Berufsbildung stellt nicht nur für unsere Partei ein Kernanliegen dar. Wir stimmen geschlossen der Erheblicherklärung zu.

Korintha Bärtsch: Die Postulantin stellt eine schleichende Verstärkung der schulischen Anforderungen in der Berufslehre fest. Wie will der Vorstoss dem entgegenhalten? Die Lehrbetriebe sollen entlastet werden, damit die Berufsbildungsplätze erhalten bleiben können. Zudem sollen die Anforderungen an die Berufslehrpersonen und die Ausbildungsbetriebe so bleiben, dass die praktischen Ausbildungen entsprechend gemacht werden können, nämlich praktisch vor schulisch. Ich glaube, wir sind uns alle einig – das habe ich auch im Ablehnungsantrag von Lisa Zanolla gehört –, dass der duale Bildungsweg eine Einzigartigkeit der Schweiz ist, auf die wir bauen und die wir hochhalten wollen. Die Stellungnahme der Regierung zeigt auf, dass sie das Gleiche will, nämlich den dualen Bildungsweg stärken. Auch für die Grünen muss es so sein, dass wir in Zukunft die schulischen Anforderungen und die praktische Seite im Lehrbetrieb im Gleichgewicht behalten. Ziel muss es sein, dass die kleinen und mittleren Betriebe, die KMU, diese Anforderungen auch stemmen können und die Berufsbilderinnen und Berufsbilder keine exorbitanten Vorgaben erhalten. 40 Prozent der Betriebe haben nur eine Lehrstelle. Ich glaube, das ist auch ein wichtiges Indiz, dass diese Anforderungen nicht exorbitant steigen sollten. Die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme gut auf, dass man die Diversität mit den grossen und kleinen Betrieben beibehalten möchte. Lernende sollen nicht einfach nur eine billige Arbeitskraft sein, sondern eine persönliche Entwicklung durchmachen, Lernerfolg im Beruf haben und vor allem gut auf das Berufsleben vorbereitet werden. Ich glaube, dass es sich dabei im Prinzip um einen Dauerauftrag handelt. Deshalb kommt für uns eine Ablehnung wegen Erfüllung nicht in Frage. Gerade der Punkt, auf den die Regierung und auch Lisa Zanolla eingehen, dass die praktisch begabten Jugendlichen ein Handwerk oder einen Beruf lernen, der in die richtige Richtung geht, ist ein wichtiger Teil, den wir unterstützen müssen, insbesondere auch wegen des Fachkräftemangels im Handwerk. So gibt es noch einige Aufgaben, welche die Regierung auch aufzeigt. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Elin Elmiger: Herzlichen Dank dem Regierungsrat, dass er die Relevanz der Ausbildungsplätze auch anerkennt. Die zwei im Postulat aufgegriffenen Themen empfindet auch die SP-Fraktion als relevant, vor allem in Zeiten des Fachkräftemangels. Wie bereits gesagt wurde, sollte es für kleine Betriebe attraktiv bleiben, Lernende auszubilden und dass das Niveau dementsprechend angepasst wird, damit alle Lernenden eine passende Lehrstelle finden. Wir empfinden es als sehr wichtig, dass wir hinschauen und unsere Handlungsmöglichkeiten auf kantonaler Ebene wahrnehmen und ausschöpfen, auch wenn

vieles auf nationaler Ebene geschieht. Bei der Diskussion über die Ausbildungsplätze soll die EBA nicht vergessen werden – wie auch schon von Lisa Zanolla erwähnt. Die EBA bietet Personen mit schulischen Schwierigkeiten die Möglichkeit, eine Ausbildung zu absolvieren. So können auch diese Personen ausgebildet ins Berufsleben starten und danach vielleicht sogar eine Lehre mit EFZ-Abschluss machen. Auch zu dieser Ausbildungsmöglichkeit sollten wir Sorge tragen und uns um eine bessere Positionierung bemühen. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Carlo Piani: Ich möchte Sie an dieser Stelle wieder einmal zu einem Tag der offenen Tür bei den sozialen Institutionen einladen: Gehen Sie in die Werkstätten, und Sie werden sehen, welche praktischen Ausbildungen wir seit Jahren haben, nicht nur auf EBA-Stufe. Sie werden sehen, was das für eine Plattform für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten, einer leichten geistigen Behinderung oder einer sonstigen Beeinträchtigung sein kann. Sie können sehen, wie der Weg von einer EBA-Ausbildung weiter zu einer Ausbildung mit EFZ führt, notabene zum Teil auch mit Ehrenmeldungen. Ich unterstütze das Anliegen sehr, die praktischen Ausbildungen für einen weiteren Schritt in der beruflichen Ausbildungskarriere zu stärken. Kommen Sie doch einmal vorbei, wenn wir Sie einladen – egal welche Institution. Sie werden sehr gut informiert. Noch etwas zur Zentralschweizer Bildungsmesse 2024 (zebi). Ich habe von einer Lehrperson die Rückmeldung erhalten, dass sie Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten an die zebi geschickt hat. Diese Schülerinnen und Schüler sollten gezielt nach Branchen und Berufen mit einer praktischen Ausbildung (PrA) suchen. Die Schülerinnen und Schüler hätten leider konsterniert festgestellt, dass die PrA nicht bekannt sei. Deshalb ein Appell an die Regierung: Machen Sie auch diese Stufe bekannter, damit die Inklusion besser gelebt werden kann.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich bin eigentlich froh bin über diesen Ablehnungsantrag, denn deshalb können wir über dieses wichtige Thema diskutieren. Die Regierung konnte feststellen, dass alle Fraktionen klar hinter der Berufsbildung stehen und für den Erhalt unseres dualen Systems einstehen. Auch die Regierung legt grossen Wert auf diesen Bildungstypen: Es gibt keinen anderen Bildungsweg, der so schnell Fachkräfte mit einem ausgesprochenen Praxisbezug ausbildet. Zu diesem dualen Bildungssystem wollen wir Sorge tragen und es weiter fördern. Ich stelle fest, dass wir uns auch in der Problemanalyse einig sind. Wir müssen die Lehrbetriebe weiter entlasten – das tun wir schon, indem wir sie begleiten. Wir wollen aber auch unsere Wertschätzung aussprechen, insbesondere gegenüber den Berufs- und Praxisbildenden. Wir wollen sie auch administrativ entlasten, und ich bin froh, wenn Sie uns auf diesem Weg ebenfalls unterstützen. Nicht jede administrative Belastung kommt von der Regierung, daran werde ich Sie zu gegebener Zeit wieder erinnern. Wir wollen auch diesen Berufsbildungsfonds einführen, das steht jedoch nicht in der Stellungnahme. Wir versprechen uns davon, dass es die eine oder andere Möglichkeit geben wird, um gerade für kleine Betriebe die Möglichkeit erhöhen, eine Lehrstelle zu schaffen. Bei den Anforderungen an die Berufslehre wollen wir uns einmischen, wir wollen sagen, was wir auf Kantonsebene brauchen, aber wir respektieren die Aufgabenteilung. Die OdA geben die Anforderungen vor. Es ist auch ein Element dieser Verbundpartnerschaft, dass die Wirtschaft entscheidet, welche Bedürfnisse sie hat und welche Kompetenzen ihre Lernenden erfüllen müssen. Es ist logisch, dass diese Anforderungen regelmässig überprüft werden müssen – das hat auch Tobias Käch gesagt. Diesen Anforderungen muss auch entsprochen werden. Zu Claudia Huser: Die Regierung steht zu diesen Praxisausbildungen, wir machen uns für die EBA stark. Der entscheidende Treiber ist das Legislaturprogramm – und das hat niemand gesagt. Die Luzerner Regierung hat in ihrem Legislaturprogramm festgehalten, dass sie den Anteil der 25-Jährigen mit einem

Abschluss auf Sekundarstufe II auf 98 Prozent steigern will. Das geht nur mit dieser Praxisausbildung, und deshalb braucht diese ein stärkeres Gewicht. Auch in Bezug was die anderen Rednerinnen und Redner gesagt haben, sind wir uns vollumfänglich einig. Es braucht eine einheitliche Problemanalyse und wir werden unseren Einfluss auf allen Ebenen geltend machen. Die Frage ist, was es an neuen Ideen braucht. Da kommt die SVP-Fraktion zu einer anderen Beurteilung, nämlich, dass eigentlich schon alles geregelt ist. Wir sind aber der Meinung, dass es sich um eine Daueraufgabe handelt, wie es auch Korina Bärtschi gesagt hat, und wir hier noch einen Zahn zulegen können. Deshalb empfehle ich Ihnen, das Postulat erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat mit 97 zu 18 Stimmen erheblich.